

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordneter Jörg Bode (FDP)

**Welche unterschiedlichen Erkenntnisse hat die Landesregierung bezüglich der Grundwasserversalzung bei den Kalihalde in Ronnenberg und Wathlingen?**

Anfrage des Abgeordneten Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 18.02.2020

Im Rahmen der „Abdeckung und Rekultivierung der Kalihalde Albert in Ronnenberg“ (<https://menke-ronnenberg.de/faq/>) sind folgende Arbeiten aktuell geplant: „Die nächsten Arbeiten auf dem Gelände der Kalihalde sind Bohrungen, die für Grundwasseruntersuchungen erforderlich sind. Diese Untersuchungen sind vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) gefordert“ (ebenda). Und weiter: „Ziel der Untersuchung ist herauszufinden, wo das Grundwasser ansteht, wie salzig das Grundwasser ist und woher das Salz kommt (aufsteigendes Salz oder ausgewaschenes Haldensalz)“ (ebenda).

1. Wodurch unterscheiden sich die bisher vorhandenen Kenntnisse über die Versalzung des Grundwassers bei der Kalihalde in Ronnenberg einerseits und der Kalihalde in Wathlingen andererseits? Gemeint sind insbesondere die angewandten Mess- und Bewertungsmethoden.
2. Warum ist, trotz der bisherigen Erkenntnisse bei der Kalihalde in Ronnenberg, vom LBEG eine Bohrung zur Feststellung der Ursachen der Versalzung des Grundwassers angeordnet worden?
3. Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung in ihren Antworten auf mehrere Kleine Anfragen zur schriftlichen Beantwortung zur Kalihalde in Wathlingen einen vorkommenden Kontakt zwischen dem Grundwasserhöchststand und dem Haldenfuß bestätigt hat (z. B. Antworten 9, 11 und 13 in Drucksache 18/5825): Warum lehnt das LBEG die u. a. von Bürgerinitiativen geforderten Bohrungen - vergleichbar mit der Anordnung bei der Kalihalde in Ronnenberg - ab?

(Verteilt am 19.02.2020)